

Antrag

**des Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator, Joachim Lenders,
Wolfhard Ploog, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Potenziale nutzen – Bezahlbaren Wohnraum für Anwärterinnen und
Anwärter auf dem Gelände der JVA Fuhlsbüttel schaffen**

Die seit Jahren stark sanierungsbedürftigen und nicht mehr für den Strafvollzug genutzten Hafthäuser I und III der JVA Fuhlsbüttel sollen endlich dem Wohnungsbau weichen; die Teilfläche war bereits seit dem Jahre 2013 im jährlichen Wohnungsbauprogramm des Bezirks Hamburg-Nord enthalten. Neben den Hafthäusern befinden sich in direkter Nachbarschaft auch 13 historische, stark sanierungsbedürftige Dienstwohnungsgebäude mit insgesamt 47 Wohnungen, die zum Großteil seit Jahren leer stehen. Das gesamte Ensemble der JVA Fuhlsbüttel, einschließlich der Dienstwohnungen, steht unter Denkmalschutz.

Mitte April schlossen die Justizbehörde, die Behörde für Kultur und Medien sowie der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen nun mit der SAGA einen Letter of Intent (LOI). Auf die SAGA kommen große Herausforderungen zu: Sie soll im Projektgebiet „Am Hasenberge“ öffentlichen Wohnraum unter Berücksichtigung der Interessen der Dienstwohnungsinhaber, des Denkmalschutzes, der Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel 1933 – 1945 sowie der Sicherheitsbelange des Vollzugs entwickeln. Bis zu 200 Wohneinheiten sollen entstehen.

In Anbetracht des angespannten Wohnungsmarktes ist dies nicht nur grundsätzlich zu begrüßen, sondern es bietet gleichzeitig die Chance, bezahlbaren Wohnraum für Anwärterinnen und Anwärter zu schaffen. Die Plätze im Ledigenwohnheim für Polizeianwärter in der Carl-Cohn-Straße sind mit 100 nicht nur rar gesät, sondern stehen den Anwärtern auch nur jeweils sechs Monate zur Verfügung, was der Marktsituation bei Weitem nicht gerecht wird.

Die Justizbehörde beabsichtigt jährlich bis zu 120 Nachwuchskräfte im Strafvollzug auszubilden, auch die Polizei Hamburg hat ihre Ausbildungskapazitäten erheblich erhöht, was nicht nur begrüßenswert, sondern in Anbetracht der Vielzahl unbesetzter Stellen sowie der bevorstehenden Pensionierungswelle auch dringend erforderlich ist. Um mehr Bewerber/-innen aus anderen Bundesländern zu motivieren, sich für eine Ausbildung im Hamburger Strafvollzug oder bei der Polizei Hamburg zu bewerben, ist es eine sinnvolle Rekrutierungsmaßnahme, preiswerten Wohnraum für die Dauer der Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Dafür bietet sich das Gelände nicht nur von der Lage her hervorragend an; auch würde ein Interessenkonflikt zwischen der JVA Fuhlsbüttel und den Bewohnern weitgehend ausgeschlossen werden.

Der LOI sieht vor, dass die SAGA bis zum Ende des 1. Halbjahres 2019 einen Konzeptentwurf vorlegen wird, der den Stand der Entwicklung des Projektgebietes wiedergeben und einen Vorschlag zur Umsetzung einschließlich der späteren Bauungen enthalten soll.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. im Zuge der Konkretisierung der Planungen rechtzeitig darauf hinzuwirken, dass ein Teil der zu errichtenden Wohnungen im Projektgebiet „Am Hasenberge“ als Wohnheim beziehungsweise Wohngemeinschaften vorrangig für Anwärter/-innen im Strafvollzug und bei der Polizei Hamburg, aber auch von den übrigen Behörden vorgesehen wird,
2. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2019 über den Konzeptentwurf und die Planungen der zuständigen Behörde über eine Teilnutzung als Wohnraum für Anwärter/-innen zu berichten.